

## Zeit für Familie – eine gesellschaftliche Aufgabe! 8. Familienbericht der Bundesregierung schlussfolgert sehr verhalten

Der Familienbericht der Bundesregierung untersucht **Zeitbedarfe von Familien** und stellt fest:

Familienzeitpolitik muss als politisches Handlungsfeld innerhalb von Familienpolitik stärker gewichtet und als gesellschaftliche Aufgabe betrachtet werden.

Als ein Handlungsfeld wird die Stärkung der **Zeitsouveränität** erkannt: „Viele **Mütter** bevorzugen vollzeitnahe Teilzeitarbeitsverhältnisse ... von etwa 30 Stunden, die ihnen aber nicht ... angeboten werden ...

**Väter** arbeiten oft mehr, als es ihren Wünschen entspricht ... möchten aber häufig nur 35 bis 40 Stunden arbeiten.“

Diese Situation bemängeln die ver.di-Frauen schon seit langem.

**Wir sagen: eine breite Debatte über Arbeitszeiten ist längst überfällig!**

Die Arbeitgeber müssen sich endlich von dem Bild der ständig verfügbaren Beschäftigten ohne private Verpflichtungen verabschieden.

Menschen wollen Familie leben können! Zeitsouveränität für Familien gibt es nur dort, wo Arbeit gerecht verteilt wird.

Aber immer noch ist Teilzeit gleichbedeutend mit Karriereknick. Hier muss sich die Unternehmenskultur verändern. Vorurteile und Diskriminierungen gehören in die Mottenkiste!

**Ein Rechtsanspruch auf Teilzeitbeschäftigung genauso wie ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung muss her.**

Dazu schweigt sich der Bericht allerdings aus.

Die Familienministerin will Maßnahmen ergreifen, um die **Elternzeit flexibler** zu gestalten. Der Anspruch auf Teilzeit soll vereinfacht werden, das Mitspracherecht bei der Lage der Teilzeit während der Elternzeit soll größer werden, die Teilnahme an Fortbildungen während der Elternzeit soll ermöglicht werden und eine flexiblere Übertragung von Elternzeit bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres des Kindes wird erwogen.

Sicher im einen oder anderen Fall hilfreiche Maßnahmen. Aber eine entscheidende Frage ist doch, wie schaffen wir es mehr Väter für Elternzeit zu gewinnen? Diese Frage wird hier nicht angesprochen.

Dafür aber die Möglichkeit, die sogenannte „Großelternzeit“ auszudehnen.

Bei der **Synchronisation von Zeitstrukturen** gibt es die Erkenntnis:

„Eine an den Arbeitszeitwünschen ausgerichtete Erwerbsoption besteht für Mütter nur, wenn es eine erreichbare und bezahlbare Kinderbetreuung gibt. Ohne sie sind Zugänge zum Arbeitsmarkt eingeschränkt.“

Weitere Infos unter:  
[www.frauen.verdi.de](http://www.frauen.verdi.de)  
[www.verdi.de](http://www.verdi.de)



**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

Die Expertenkommission sieht die Notwendigkeit eines weiteren **bedarfsgerechten Ausbaus an qualitativ hochwertigen Ganztagschulen, die Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen auch in außerschulischen Bereichen bieten,...**

Die Bundesregierung will die „Lokalen Bündnisse für Familien“ stärken, um die örtlichen Taktgeber an einen Tisch zu holen. Das bestätigt unsere Forderung nach einem schnellen Ausbau von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem ersten Lebensjahr.

Da fragt Frau sich, weshalb die Familienministerin dann **das Betreuungsgeld für nicht erwerbstätige Mütter einführen will anstatt diese Millionen in einen zügigeren Ausbau der Einrichtungen zu stecken?**

Nur wenn es ausreichend Einrichtungen gibt, kann Frau doch frei wählen.

Großelternzeit, Freiwilligendienste und Nachbarschaftshilfe, wie sie der Familienbericht empfiehlt, können den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen nicht ersetzen. Wir brauchen ein Netz qualitativ hochwertiger und professioneller Kinderbetreuung, das den Bedarf verlässlich deckt!

Und wir brauchen ein modernes, zeitgemäßes Verständnis von Familie.

Eines, das nicht die immer noch vorhandenen Rollenklischees bedient, sondern es Frauen und Männern ermöglicht, so zu leben

wie sie es für lebenswert halten.

Um beiden Geschlechtern eine tatsächliche Wahlfreiheit zu ermöglichen, müssen aber die Rahmenbedingungen dazu vorhanden sein!

Wo bleiben da die Maßnahmen der Bundesregierung?

Aus ver.di-Sicht gehören hierzu neben bereits erwähnten Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, ein gesetzlicher Mindestlohn und die Gleichbehandlung aller Arbeitsverhältnisse.

Das bedeutet, dass **jede Beschäftigung sozialversichert** sein muss.

Und es bedeutet weiter, dass typische Frauentätigkeiten aufgewertet werden müssen. Immer noch verdienen Frauen im Durchschnitt in Deutschland 23% weniger als Männer.

Und als Konsequenz daraus erhalten Frauen ca. 56% weniger Altersversorgung! Altersarmut ist damit vorprogrammiert! Gerecht geht anders!

Sonst scheint sehr kurzfristig gedacht der „Heiratsmarkt“ vordergründig immer noch attraktiver für Frauen als der Arbeitsmarkt!